

SATZUNG

der Ortsgemeinde Klingelbach über die Notwendigkeit einer Teilungsgenehmigung im Geltungsbereich von Bebauungsplänen in der Gemeinde Klingelbach vom 15. Juli 1998

Der Ortsgemeinderat Klingelbach hatte auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 143) in Verbindung mit § 19 Abs. 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141) die folgende Satzung beschlossen, die hiermit aufgehoben wird:

§ 1

Allgemeines

Diese Satzung bestimmt die Bebauungspläne i. S. d. § 30 Abs. 1 und 3 BauGB, in denen die Teilung von Grundstücken einer Genehmigung der Gemeinde bedarf.

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich

Im Geltungsbereich der folgenden Bebauungspläne bedarf die Teilung von Grundstücken der Genehmigung der Gemeinde:

Bebauungsplan „Breitenbacherfeld“
Bebauungsplan „Gretengärten“
Bebauungsplan Gewerbegebiet Hohlstück“
Bebauungsplan „Sommerbach I“
Bebauungsplan „Sommerbach II“
Bebauungsplan „Sonnenhof“
Bebauungsplan „Hahnsee“

§ 3

Außer Kraft treten

Diese Satzung tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung außer Kraft.

56368 Klingelbach, den 01. Juni 2002

(Arnold Kadesch)
Ortsbürgermeister



HINWEIS

Nach § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Bei der Bekanntmachung der Satzung ist auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hinzuweisen.

56368 Katzenelnbogen, den 01. Juni 2002

Verbandsgemeindeverwaltung
Katzenelnbogen


Harald Gemmer
Bürgermeister



6. f. 6.

BEKANTMACHUNGSVERMERK

Die vorstehende Satzung wurde gemäß § 27 GemO und entsprechend der Hauptsatzung der Ortsgemeinde/~~Stadt~~ Klingelbach im Informationsblatt für den Einrich Nr. 23 am 06. Juni 2002 in vollem Wortlaut öffentlich bekanntgemacht.

Diese Satzung ist damit am 06. Juni 2002 außer Kraft getreten.

56368 Katzenelnbogen, den 06. Juni 2002

Verbandsgemeindeverwaltung
Katzenelnbogen

i. A.

(J. Gemmer)

